

the poor. Yunus is concerned that SKS will have to put its shareholders' interests above the ones of the poor.

The fact that some are getting rich while lending to the poor, triggered off a heated debate about the future of the micro-lending industry. Yunus underlined that there is no room for giant IPOs with profit-making strategies in the microlending sector which originally aimed at pursuing the mission to reduce poverty. Akula, on the contrary, claims that SKS is not facing a moral dilemma.

■ Further Reading

On Seed Capital:

Altruja website: <http://www.altruja.de> (accessed 16 March 2011).

Change.org website. Venture Capital. http://socialentrepreneurship.change.org/blog/category/venture_capital (accessed 16 March 2011).

High-Tech Gründerfonds website: <http://www.high-tech-gruenderfonds.de> (accessed 16 March 2011).

Reis, N. (2010). Seed capital for interactive fundraising tool. <http://www.en.high-tech-gruenderfonds.de/2010/10/seed-capital-for-interactive-fundraising-tool/> (accessed 16 March 2011).

On IPO:

Barta, P, & Bellman, E. (2010). Microlenders Make Millions With SKS IPO. <http://blogs.wsj.com/indiarealtime/2010/07/28/microlenders-make-millions-with-sks-ipo/> (accessed 16 March 2011).

Bellman, E. (2010) IPO Pits Profit vs. Altruism. <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703609004575355460120599280.html> (accessed 16 March 2011).

Kinetz, E. (2010). SKS Launches India's First Microfinance IPO. <http://abcnews.go.com/Business/wireStory?id=11270209> (accessed 16 March 2011).

■ Related Events

Popular Events about Social Entrepreneurship

Regularly updates event calendar, see <http://events.linkedin.com/social-entrepreneurship>.

World Economic Forum on Latin America 2011 Rio de Janeiro, Brazil 27-29 April. Documentation is available at: <http://www.schwabfound.org/sf/Events/WorldEconomicForumEvents/index.htm>.

*Heike Grimm, Uni-Erfurt, Erfurt, Germany.
E-Mail: heike.grimm@uni-erfurt.de*

Think-Tank-Corner

■ TRENDS

Wurde auch Zeit – ein deutscher Think Tank auf der BILD-Titelseite!

Es geschieht ausgesprochen selten, dass Neuigkeiten aus einer Denkfabrik auf der Titelseite einer großen deutschen Boulevardzeitung erscheinen. Bei dem am 2. Februar 2011 angekündigten Rückzug des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann, zum 1. September 2011 war jedoch genau dies der Fall. (siehe Think-Tank-Corner in ZPB 1/2010 und 2/2010) Die Nachricht erschien nicht nur an prominenter Stelle in den Wirtschaftsteilen der Qualitätspresse, sondern auch auf Seite 1 von BILD. Als Rücktrittsgrund nannte Zimmermann seinen Wunsch, das DIW aus negativen Schlagzeilen um seine Person heraus halten zu wollen. Auch dem Aufsichtsrat unter Leitung des ehemaligen Wirtschaftsweisen Bert Rürup schien das Maß an Negativschlagzeilen spätestens mit dem Abtritt des nur kurz amtierenden DIW-Geschäftsführers erreicht. Der umstrittene Führungsstil Zimmermanns, sowie die Tatsache, dass das DIW bei der Vergabe der prestigeträchtigen Konjunkturprognosen zum zweiten Mal in Folge leer ausging, scheinen die ausschlaggebenden Gründe für den Abtritt des umtriebigen wie umstrittenen Direktors gewesen zu sein, der weiterhin das Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit leiten wird. Nicht namentlich genannte DIW-Forscher spekulierten indes in der FAZ vom 2.2.2011 offen darüber, ob die Vorwürfe gegen Zimmermann nicht ein spätes „Revanche foul“ einer Gruppe um den ehemaligen DIW-Konjunkturchef und heutigen Leiter des IMK, Gustav Horn, gewesen sein könnten. Zimmermann hatte vor einigen Jahren den Vertrag des stark keynesianistisch ausgerichteten Horn am DIW nicht mehr verlängert, was Horn damals als Ausgrenzung seiner nachfrageorientierten wirtschaftspolitischen Position interpretierte.

...und noch ein rot-grünes Strategieinstitut?

Dass sich im Umfeld von politischen Parteien Think-Tanks gründen, ist in Staaten mit langer Think-Tank-Tradition wie den USA oder Großbritannien nicht ungewöhnlich. Da es in den Deutschland seit mehr als 40 Jahren finanziell sehr gut ausgestattete parteinahe politische Stiftungen gibt, welche die Rolle eines parteinahen Think-Tanks durchaus erfüllen (könnten), galt die Gründung von Think-Tanks durch aktive Parteipolitiker lange als eher unwahrscheinlich. Dies hat sich mittlerweile geändert.

Anfang 2010 gründeten die linken SPD-Mitglieder Andrea Ypsilanti und der im Herbst 2010 verstorbene Hermann Scheer sowie der Ex-Attac-Sprecher und heutige grüne Europaabgeordnete Sven Giegold gemeinsam mit der Linken Katja Kipping das Institut für Solidarische Moderne (ISM). Gemeinsam mit Wissenschaftlern und Angehörigen sozialer Bewegungen sollte das neue Mitgliederinstitut programma-

tische Schnittmengen für eine spätere rot-rot-grüne Koalition erkunden. Aus dem wissenschaftlichen Bereich waren der Jenenser Soziologe Stephan Lessenich und der Bremer Staatsrechtler Andreas Fischer-Lescano, der als Herausgeber der Zeitschrift Kritische Justiz im Februar 2011 den Plagiatskandal um Verteidigungsminister zu Guttenberg ins Rollen brachte, bei der Gründung von ISM dabei.

Daher überraschte es ein wenig, als Medien wie die Wochenzeitung Die Zeit oder die Tageszeitung Der Tagesspiegel im Februar 2011 die Gründung eines rot-grünen Strategieinstituts unter Federführung der Generalsekretärinnen Andrea Nahles (SPD) und Steffi Lemke (Grüne), aber ohne jegliche Beteiligung der Linkspartei meldeten (vgl. u.a. Die Zeit vom 7.2. 2011). Das Vorhaben selbst, in Zusammenarbeit mit befreundeten Wissenschaftlern, Gewerkschaftern, Kirchen-, Wirtschafts- und Verbandsvertretern programmatische Gemeinsamkeiten für eine Regierungsübernahme 2013 im Bund vorzubereiten, ist durchaus mit der Mission von ISM vergleichbar. Mit der operativen Leitung des im Frühjahr 2011 – nach Redaktionsschluss dieser ZPB-Ausgabe – zu gründenden „Koordinierungsbüros“ wurde der Ex-Jusochef und Leiter der Abteilung Politik und Analysen der SPD-Zentrale, Benjamin Mikfeld, betraut. Inspiriert wurde das Projekt vom in rot-grünen und gewerkschaftlichen Kreisen wahrgenommenen Erfolg liberal-konservativer Strategieprojekte wie der seit 2000 bestehenden Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Auch dieses Muster ist seit den 90er Jahren aus der anglo-amerikanischen Welt bekannt: Konservative und marktliberale Gruppierungen gründeten seit den 70er Jahren advokatische Denkfabriken wie die Heritage Foundation oder das Cato-Institute in den USA bzw. das Centre for Policy Studies oder das Adam Smith Institute in Großbritannien und vernetzten die neuen Think-Tanks geschickt mit PR-Agenturen, wichtigen Kommentatoren in den Printmedien, namhaften „Botschaftern“ (ehemalige Politiker, Führungskräfte, Journalisten und Prominente) sowie mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Einzelforschern. Lange blieben die Think-Tanks und ihre Netzwerke von Medien und politischen Gegnern weitgehend unbeachtet, doch dann fällt die programmatische und strategische Übereinstimmung der Think-Tank-Empfehlungen mit der Regierungspraxis der Regierungen Thatcher und Reagan auch dem linken politischen Lager auf. Folge: Seit den frühen 90er Jahren gründen sich in Großbritannien und den USA mehr und mehr nicht-konservative Think-Tanks (wie z.B. Demos in London und das Center for American Progress in Washington DC), die eine ähnliche Mission und strategische Ausrichtung besitzen wie ihre konservativ-liberalen „Vorbilder“. Stehen wir in Deutschland vor einer ähnlichen Entwicklung?

Die deutschen Medien deuteten die Gründungsabsicht der sozialdemokratischen und grünen Parteiführungen wahlweise als eine Kampfansage oder als eine Absage an das Institut Solidarische Moderne. Dies ist vielleicht etwas verkürzt gedacht: Weshalb soll es im Umfeld eines politischen Lagers oder Milieus nicht mehrere Think-Tanks geben – etwa sol-

che, die den jeweiligen Parteiführungen nahe stehen und solche, die dies explizit nicht tun. Und noch eine Anmerkung: Auch die oben genannten britischen und amerikanischen Think-Tanks, die heute zu den bekanntesten Denkfabriken ihrer Länder gehören, wurden von den Meinungseliten und dem Establishment der ihnen nahestehenden Parteien zunächst als unbedarft abgetan.

■ NEWS

Politikberatende Intellektuelle in der Zwickmühle

Die Volksaufstände in der arabisch-nordafrikanischen Welt bringen nicht nur westliche Regierungen in die Zwickmühle, sondern auch einen der schillernden globalen öffentlichen Intellektuellen, den Schweizer Soziologen Jean Ziegler. Ziegler ist nicht nur eine Ikone der Globalisierungskritiker, er ist Gesellschaftsberater im Rahmen des Weltsozialforums und einer der unerbittlichsten Kritiker der Politik des demokratischen Westens. Von 2000 bis 2008 war er UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Nun wurde erneut bekannt, dass Ziegler ein häufiger Gast des libyschen Diktators Ghadhafi war und sich bis 2009 sehr positiv über diesen und dessen Söhne geäußert hat. So schreibt der Schweizer Tages-Anzeiger in seiner Ausgabe vom 28.2.2011:

„Sieben Mal sei er bei Ghadhafi gewesen, sagte Ziegler noch im August 2009. Die 40-Jahr-Feier im September gleichen Jahres kam noch dazu. Inzwischen sind Ziegler die Reisen zum Diktator offenbar nicht mehr in so guter Erinnerung. «Fünf, sechsmal», erklärte der Genfer nun am Samstag im Interview mit dem «Tages-Anzeiger». Nicht nur, dass sich der bekennende Sozialist bis vor wenigen Jahren noch einladen ließ. Zur Gesinnung des Gewaltherrschers gab Ziegler noch lange Zwiespältiges von sich. «Ghadhafi ist politisch ein Genie», sagte er zum Beispiel noch vor einem Jahr. Die Frage war, wie sich der Revolutionsführer im Kampf der Stämme an der Macht halten könne.“¹

In einer seiner nächsten Ausgaben wird die ZPB das Thema ‚Ghadhafi und seine westlichen intellektuellen Berater‘ ausführlicher aufgreifen.

In and Out – aber nicht ohne Einfluss

Nach zwei Jahren als Direktorin des politischen Planungstabs (Policy Planning Staff) des US-Außenministeriums (State Department) unter Außenministerin Hillary Rodham Clinton kehrte die bekannte und renommierte Politikwissenschaftlerin und Juristin Anne-Marie Slaughter im Februar 2011 an ihre Hochschule, die Princeton University, zurück. Der Policy Planning Staff ist seit den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts der wichtigste hausinterne Think-Tank des US-Außenministeriums und kümmert sich sowohl um kurzfristige Tagespolitik als auch um längerfristig angelegte Analysen und Planungen. Ihre Statur als ehemalige Planungschefin

1 Siehe hierzu den Beitrag „Die Irrungen des Jean Ziegler“ von Matthias Chapman im Tagesanzeiger, <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Die-Irrungen-des-Jean-Ziegler/story/20259514>.

Hillary Clintons nutzte die in den „Elfenbeinturm“ zurück gekehrte Anne-Marie Slaughter bereits kurz nach ihrem Ausscheiden aus den Diensten des Ministeriums: Sie gehörte im Vorfeld der Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 18.3.2011 zu den medial sichtbarsten Verfechterinnen einer von den USA unterstützten robusten Flugverbotszone über Libyen. Zusammen mit der amerikanischen UNO-Botschafterin Susan Rice, die ebenfalls aus der Washingtoner Think-Tank-Szene stammt und der heute im Nationalen Sicherheitsrat des US-Präsidenten tätigen Buchautorin Samantha Powers sorgte Slaughter für einen Meinungsumschwung zunächst Außenministerin Clintons und später Präsident Obamas in der Libyenfrage. Sowohl Clinton als auch Obama gaben kurz vor der Entscheidung des Sicherheitsrates ihre zögerlich-skeptische Haltung hinsichtlich einer militärischen Intervention der Vereinten Nationen im Libyen-Konflikt auf und schwenkten auf die von Slaughter vertretene Haltung der UN-Doktrin „Verantwortung zum Schutz“ der Bevölkerung (responsibility to protect) gegen eine gewaltsam agierende Regierung eines souveränen Staates ein.

*Martin Thunert, Heidelberg Center for American Studies,
Universität Heidelberg, Germany.
E-Mail: Martin.Thunert@t-online.de*

Calls for Papers

■ Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung

Die Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft veranstaltet vom 10. bis 11. November 2011 am Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (FÖV) Speyer bzw. an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (DHV) Speyer eine Tagung zum Thema „Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung“.

Thema

Theoretische Zugänge und empirische Analysen, die sich der Wissensgenerierung und Expertise in Politik und Verwaltung widmen, haben ihren festen Platz in der Policy- und Verwaltungsforschung. Dabei geht es um zwei Kernbereiche, die im Mittelpunkt der Tagung stehen sollen:

- Zum einen ist die policy-orientierte wissenschaftliche Politikberatung angesprochen. Die steigende Komplexität politischer Probleme trägt dazu bei, dass eindeutige und unstrittige Antworten auf die Frage, welche Maßnahmen der Lösung eines Problems „angemessen“ sind, zunehmend schwerer werden. Akteure in Politik und Verwaltung greifen somit regelmäßig auf externe „Wissensgeneratoren“ (Beratungsunternehmen, PR-Agenturen, Wissenschaftler) zurück, sei es, um in hochspezialisierten Politikmaterien überhaupt entscheidungsfähig zu sein, sei es, um ex ante getroffene Prioritätensetzungen wissens-

basiert zu „rationalisieren“ und zu legitimieren. Damit entsteht das Problem der Instrumentalisierung von Expertise, die aus diesem Grund ihre Glaubwürdigkeit einbüßen kann. Eine kritische Diskussion in der Wissenschaftsforschung knüpft an diese Thematik an und versucht die neuen Produktionsbedingungen wissenschaftlicher Erkenntnis unter dem wachsenden Einfluss von Politik, Unternehmen, aber auch zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erhellen.

- Zum anderen geht es um evidenz- und wissensgenerierende Ansätze der Verwaltungsmodernisierung, die auch Bestandteil der NPM- und Post-NPM-Bewegung sind. So setzt sich trotz teils kritischer Bilanzen des NPM der internationale Trend von Leistungsmessung, Benchmarking und Ergebnissteuerung weiterhin fort. Die prekäre öffentliche Haushaltslage und die Finanzkrise führen zu wachsendem Informations- und Wissensbedarf hinsichtlich der Kosten und Effizienz von Verwaltungsleistungen und politischen Entscheidungen, so dass Verfahren der Leistungsmessung und des Leistungsvergleichs an Bedeutung gewinnen. Ferner ist im Zuge der europäischen Integration der Ausbau von gemeinsamen Qualitätsbewertungssystemen, von Benchmarking sowie von Plattformen zum „Policy-Learning“ und Mechanismen institutionellen Lernens innerhalb und zwischen den europäischen öffentlichen Verwaltungen bzw. politischen Akteuren zu beobachten. Schließlich verweist auch der neu eingefügte Art. 91d GG, mit dem Leistungsvergleiche – in Europa ein bisher einmaliger Vorgang – einen verfassungsrechtlichen Status erhalten haben, auf die aktuelle Bedeutung von Wissensgenerierung und Evidenzbasierung im öffentlichen Sektor.

Einreichung und Kontakt

Abstracts (max. 400 Wörter) können bis zum 30. Juni 2011 per E-Mail an Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (kuhlmann@dvh-speyer.de) und Prof. Dr. Sabine Kropp (kropp@dvh-speyer.de) gesendet werden.

Ein ausführlicher Call for Papers findet sich unter: <http://www.uni-konstanz.de/dvpw/sektionpv/2011/03/sektionstagung-wissen-und-expertise-in-politik-und-verwaltung/>

Intermediäre Akteure im Wandel

Parteien, Verbände, Interessengruppen und soziale Bewegungen vor neuen kommunikativen Herausforderungen

Die Gemeinsame Jahrestagung der Fachgruppe „Kommunikation und Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft sowie der Fachgruppe „Politische Kommunikation“ der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft findet vom 09.02.2012 bis 11.02.2012 an der Universität Zürich statt.